

# Antrag Nr. 19-O-02-0040

## DIE LINKE

---

### Betreff:

Zur Absage des Eigentümers der Liegenschaft Bismarckring 23, Avraham Milnitzki (LINKE)

### Antragstext:

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Magistrat der LH Wiesbaden wird gebeten, gegenüber der Firma Milnitzki darauf zu drängen, dass eine von Herrn Avraham Milnitzki bevollmächtigte Person der Einladung des Ortsbeirats zum Gespräch über die Zukunft der Liegenschaft Bismarckring 23 folgt.

#### Begründung:

1. Der Ortsbeirat Westend hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag der Fraktion DIE LINKE beschlossen, den Eigentümer der Liegenschaft Bismarckring 23 zur nächsten Sitzung einzuladen. Nun liegt uns die durch die Berliner Anwaltskanzlei Mühlig übermittelte Absage vor. Er könne „aufgrund seines schlechten gesundheitlichen Zustandes nicht an der Sitzung teilnehmen“, so das Schreiben des Anwalts, der gleichzeitig im Namen seines Mandanten wünscht, über etwaige Beschlüsse informiert zu werden.
2. Wir gehen davon aus, dass Herr Milnitzki über frühere Beschlüsse des Ortsbeirats zum jahrelangen Leerstand seiner Liegenschaft Bismarckring 23 informiert ist. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass er in der Vergangenheit demonstratives Desinteresse am Standpunkt des demokratisch gewählten Ortsbeirats zum Thema gezeigt hat.
3. So entnehmen wir der Website mensch-westend.de: „Auf den Leerstand angesprochen, sagt der Frankfurter Investor und Immobilienmakler Avraham Milnitzki wütend: „Das Gebäude wird in absehbarer Zeit instand gesetzt. Ich werde mehrere Millionen Euro in die Sanierung stecken.“ Wann die Sanierungsarbeiten beginnen, wollte er nicht sagen. Auch das Nachbargebäude mit der Hausnummer 21 gehört Avraham Milnitzki. Dort sollen ähnliche Verhältnisse herrschen, wie ein Mieter berichtet. Dass sein Eigentum schon häufig Thema in Sitzungen des Ortsbeirats war, interessiere Milnitzki nicht.“ Quelle: mensch-westend.de, April 2018, Hervorhebungen durch uns)
4. Wenn Herr Milnitzki aus gesundheitlichen Gründen der Einladung nicht folgen kann, wäre es durchaus vorstellbar, dass er seinen Anwalt oder eine bevollmächtigte Person aus seiner Firma damit beauftragt, den Ortsbeirat zu besuchen und das von den Einwohnern im Stadtteil gewählte Gremium nicht länger zu brüskieren.

Sollte ihn sein Gesundheitszustand längerfristig davon abhalten, seine Liegenschaft umgehend zu sanieren und Wohnungssuchenden zur Miete anzubieten, so wäre es angemessen, wenn Herr Milnitzki die Immobilie in andere, am besten öffentliche Hände übergäbe. Wir erinnern an die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialbindung des Eigentums und an die verfassungsrechtliche Möglichkeit der Enteignung, wie sie beispielsweise bei Straßenbaumaßnahmen in diesem Lande häufig praktiziert wird.

Wiesbaden, 07.10.2019